

Personenfreizügigkeit

Warum Schweizer Unternehmen ausländische Mitarbeitende brauchen

Gut ein Viertel der Erwerbstätigen in der Schweiz ist ausländischer Herkunft. Diese Arbeitskräfte sind gefragte Leute – das bestätigen Swisscom, Sulzer, Novartis und das Inselspital Bern stellvertretend für zahlreiche Firmen und Institutionen aus verschiedenen Branchen. Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist dabei von zentraler Bedeutung. **Daniela Baumann**

Inwiefern profitiert die Schweizer Wirtschaft von der Personenfreizügigkeit? Was wären die Folgen einer Einschränkung der Zuwanderung? Beispielhaft äussern sich vier bekannte Schweizer Unternehmen aus der Telekommunikation, dem Maschinen- und Anlagenbau, der Pharmaindustrie und aus dem Gesundheitswesen zur Bedeutung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt hierzulande. Sie zeigen auf, dass es eine unerlässliche Voraussetzung ist, um in bestimmten Bereichen überhaupt das benötigte, spezialisierte Personal einstellen zu können. Zum Teil weisen die Firmen aber auch auf Schwierigkeiten hin, Fachleute aus Drittstaaten ausserhalb von EU und Efta zu gewinnen.



Mehr Arbeitsplätze als Schweizer Fachkräfte in der IT: Swisscom sucht und findet deshalb entsprechende Spezialisten auch im Ausland.

Swisscom: auf Personal aus dem Ausland angewiesen

Für Swisscom stellt sich das Problem, dass in der Schweiz nicht ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen, vor allem im Bereich Informationstechnologie. «Die Personenfreizügigkeit ist für

«Der freie Personenverkehr ist zur Rekrutierung von IT-Spezialisten essentiell für uns.»

uns essentiell, um genügend IT-Spezialisten rekrutieren zu können», erklärt Mediensprecherin Annina Merk. Das Abkommen mit der EU habe die Einstellung von Personal aus dem Ausland erleichtert. Würde es aufgekündigt,

befürchtet man bei Swisscom «im ungünstigsten Fall», dass Stellen nicht besetzt oder Projekte nicht zeitgerecht bearbeitet werden können. «Und dies hätte negative Folgen für unser Geschäft», so Merk weiter. Das führende Telekom-Unternehmen in der Schweiz mit Hauptsitz im bernischen Worblaufen erwirtschaftete 2010 einen Nettoumsatz von 12 Milliarden Franken. 16 Prozent der gut 16 000 Vollzeitstellen in der Schweiz – das sind rund 2500 – haben ausländische Mitarbeitende hauptsächlich aus dem EU-/Efta-Raum inne.

Sulzer: Verlagerung würde beschleunigt

Ähnlich klingt es bei Sulzer, dem auf Maschinen- und Anlagenbau, Oberflächentechnologie und Service für Turbinen, Generatoren und Motoren spezia-

lisierten Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von 3,2 Milliarden Franken und rund 15 000 Mitarbeitenden an weltweit 160 Standorten. In der Schweiz beschäftigt der Industriebetrieb mit Sitz in Winterthur rund 1300 Mitarbeitende. Um diesen Anteil zu halten, ist auch Sulzer auf die Personenfreizügigkeit (PFZ) angewiesen: «Der Verlagerungsprozess von Arbeitsplätzen aus der Schweiz würde sich weiter beschleunigen», schätzt Beat Sigrüst, Head Corporate HR, die Folgen einer allfälligen Rückkehr zum Kontingentsregime ein.

Der Personalverantwortliche von Sulzer sieht speziell für Stellen im Bereich Engineering eine starke Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften. Sulzer bekundet mittlerweile sogar Mühe, Stellen mit EU-Bürgern zu besetzen. «Deshalb sind wir besonders im Maschinen-

bau darauf angewiesen, zusätzlich Personen aus Drittstaaten anstellen zu können. Dies kommt jedoch mehr und mehr einem regelrechten Hindernislauf gleich.» Derzeit unterliegt die Rekrutierung von Arbeitskräften aus Drittstaaten einer Kontingentierung; zudem dürfen diese nur dann angestellt werden, wenn keine geeigneten Alternativen aus der Schweiz oder dem EU-/Efta-Raum vorliegen. Dazu Sigrist: «Entsprechende Rekrutierungsbemühungen müssen nachgewiesen werden, und diese Auflagen werden zunehmend noch enger gefasst. Wir wünschen uns hier einen schlankeren Prozess.»

Inselspital: Leistungskapazität und -qualität wäre gefährdet

Dieses Problem kennt man auch am Inselspital in Bern, einem der bedeutendsten Universitätsspitäler der Schweiz mit rund 7000 Mitarbeitenden, wovon knapp ein Viertel aus dem Ausland stammt. Gemäss Markus Lüdi, Direktor Personal, gehe in der Diskussion um die Personenfreizügigkeit vergessen, dass Spitäler auch gute Leute aus Nicht-EU-Staaten wie den USA oder Kanada brauchen. Diese zu rekrutieren, bedinge nach wie vor ein aufwendiges Bewilligungsprozedere: «Durch die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ist es sehr viel schwieriger geworden, Fachkräfte aus Drittstaaten zu beschaffen.»

«Es ist heute viel schwieriger, Fachkräfte aus Drittstaaten zu beschaffen.»

Das Kerngeschäft des Universitätsspitals umfasst medizinische Dienstleistung, Lehre und Forschung sowie Bildung in den Gesundheitsberufen. Jährlichen Kosten von ca. 1,1 Milliarden Franken stehen Erträge von knapp 700 Millionen Franken gegenüber – die Differenz wird durch den Kanton getragen. Die Leistungen des Inselspitals, wie aller grossen Schweizer Spitäler, wären in ihrer heutigen Quantität und Qualität



Wie hier in Abu Dhabi ist die Belegschaft von Sulzer auch in der Schweiz sehr international geprägt.

ohne Mitarbeitende ausländischer Herkunft nicht mehr gegeben, so Lüdi. Einen spürbaren Mangel an Fachleuten befürchtet der Personalverantwortliche im Falle einer Einschränkung des freien Personenverkehrs im Operationsbereich, in der Intensivmedizin und in der bildgebenden Diagnostik. Doch auch in umgekehrter Hinsicht plädiert er für eine «Kultur der offenen Grenzen»: «Für Schweizer Nachwuchsleute in der Medizin und Forschung ist es entscheidend, dass sie im Ausland willkommen sind und gute Chancen auf herausfordernde Weiterbildungsstellen haben.»

Novartis: viele Grenzgänger

Beim in über 140 Ländern tätigen Schweizer Pharmaunternehmen Novartis macht man auf den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der PFZ aufmerksam: «Die bilateralen Abkommen mit der EU, und gerade auch die Personenfreizügigkeit, haben wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz in den letzten Jahren beigetragen», sagt Armin Züst, Leiter Novartis Schweiz. Novartis könnte ohne das Personenfreizügigkeitsabkommen an den Schweizer Standorten we-

der Forschung und Entwicklung noch die Produktion im heutigen Massstab betreiben, so Züst. Mit der Entwicklung neuer Medikamente und Therapien erzielte Novartis im vergangenen Jahr einen Umsatz von 52,7 Milliarden Franken, davon 608 Millionen in der Schweiz.

Das Gesundheitsunternehmen mit Hauptsitz in Basel beschäftigt weltweit über 119 000 Mitarbeitende. 12 500 Arbeitsplätze befinden sich in der Schweiz. Ein Drittel davon wird von Schweizer Arbeitnehmenden besetzt, etwas mehr als die Hälfte von EU-/Efta-Staatsangehörigen, und die restlichen verteilen sich auf Personen aus den übrigen der insgesamt 90 vertretenen Nationen. Die Angestellten in der Region Basel leben zu fast 14 Prozent in Deutschland, über 20 Prozent in Frankreich. Auch aus Grossbritannien und Italien stammen viele Novartis-Angestellte. Gemäss Armin Züst wären hierzulande ohne die Personenfreizügigkeit indes nicht allein die Stellen bei Novartis gefährdet: «Über die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen hängen an jedem der 12 500 Arbeitsplätze von Novartis in der Schweiz noch weitere vier Arbeitsplätze ab.» ■